



Regierungskommission „Mehr Sicherheit für Nordrhein-Westfalen“

14.12.2017
Seite 1 von 7

Staatskanzlei
Pressestelle
40190 Düsseldorf
Telefon 0211 837-1134 oder 1405
Telefax 0211 837-1144

presse@stk.nrw.de
www.land.nrw

I. Auftrag

Das Land Nordrhein-Westfalen hat die Verantwortung, allen Menschen bestmögliche Sicherheit bei größtmöglicher Freiheit zu gewähren. Die Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Sicherheitslage in Nordrhein-Westfalen spürbar zu verbessern, um unsere offene Gesellschaft dauerhaft zu erhalten. In Zeiten terroristischer Bedrohung und grenzübergreifender Kriminalität müssen die Sicherheitsbehörden über effiziente Ermittlungsinstrumente und die unabweisbar notwendigen rechtlichen Befugnisse verfügen. Dies umfasst auch und insbesondere den wirksamen Vollzug bestehender Befugnisse durch eine adäquate personelle und materielle Ausstattung der Sicherheitsbehörden und ihre wechselseitige Zusammenarbeit zwischen EU-Ebene, Bund und Ländern.

Der Ministerpräsident beruft aus diesem Grund eine Kommission mit renommierten Experten auf dem Feld der Inneren Sicherheit ein. Die Expertenkommission hat den Auftrag, eine vorbehaltlose Analyse bestehender Defizite vorzunehmen und im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung Vorschläge zur Verbesserung der Sicherheitsarchitektur in Nordrhein-Westfalen und Deutschland zu entwickeln.

II. Aufgaben und Schwerpunkte

Die Expertenkommission hat den übergeordneten Auftrag, die gesamte Sicherheitsarchitektur mit dem Ziel eines jederzeit handlungsfähigen und wehrhaften Rechtsstaats im Einklang von Freiheit und Sicherheit zu überprüfen. Hieraus abgeleitet hat die Kommission konkrete Aufgaben zu folgenden Schwerpunkten.

Polizei und Ermittlungsarbeit

Die Expertenkommission überprüft und bewertet die Situation der Landespolizei hinsichtlich Personal und Ausstattung sowie Befugnissen und

ihres Vollzugs. Sie erarbeitet Vorschläge dazu, wie die Polizei ihren Auftrag, die innere Sicherheit zu gewährleisten, künftig noch besser erfüllen kann.

Dabei werden insbesondere folgende Themen berücksichtigt:

- Verbesserung von Personal- und Sachausstattung
- Verbesserung von Aus- und Fortbildung
- Umsetzung Null-Toleranz-Strategie gegen Kriminelle
- Neue Kriminalitätsphänomene und ihre wirksame Bekämpfung
- Neue Herausforderungen für Cyber-Sicherheit und Datensicherheit
- Wohnungseinbruchskriminalität.

Zwischenstaatliche Zusammenarbeit

Einen weiteren Schwerpunkt wird die Kommission auf die Verbesserung der Zusammenarbeit von Sicherheitsbehörden aller Ebenen – Europa, Bund, Land und Kommune – legen. Nordrhein-Westfalen ist aufgrund seiner geografischen Lage und der gegebenen Herausforderungen für die Innere Sicherheit in besonderer Weise davon abhängig, dass diese Zusammenarbeit möglichst optimal funktioniert. Hiervon umfasst sind insbesondere:

- Terrorismus und Islamismus
- Bund-Länder-Zusammenarbeit (Schwerpunkt)
- Zusammenarbeit der Polizei mit Justiz und Verfassungsschutz.

Politischer Extremismus

Die Kommission hat ebenso die Aufgabe, den Bereich des politischen Extremismus in den Blick zu nehmen. Hierbei erfolgt die Untersuchung folgender Themen:

- Grundannahmen zu Rechts- und Linksextremismus
- Extremismus-Prävention
- Arbeit und Abstimmung der Geheimdienste im Bereich Rechtsterrorismus
- Aufstellung des Bereichs „Extremismus“ in den Verfassungsschutzbehörden des Bundes und des Landes Nordrhein-Westfalen
- Einsatz von V-Leuten durch Geheimdienste und Ermittlungsbehörden
- Phänomen der „Reichsbürger“.

III. Organisation und Arbeitsweise

Die Expertenkommission arbeitet unabhängig ohne inhaltliche oder politische Vorgaben. Sie legt dem Ministerpräsidenten und dem stellvertretenden Ministerpräsidenten zu den ihr übertragenen Aufgaben einen Bericht vor. Die Schwachstellenanalyse der Expertenkommission wie auch ihre Vorschläge zur Verbesserung der Inneren Sicherheit in Nordrhein-Westfalen werden zu gegebener Zeit ebenso dem Parlament und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Zur Erfüllung ihres Auftrags erhält die Kommission eine Geschäftsstelle innerhalb der Staatskanzlei. Die Geschäftsstelle wird personell ausgestattet mit einem/r Geschäftsführer sowie einer Teamassistentin. Die Finanzierung erfolgt aus dem Etat des Ministerpräsidenten.

IV. Zusammensetzung

Vorsitz

Wolfgang Bosbach

Wolfgang Bosbach wurde 1952 in Bergisch Gladbach geboren und ist Rechtsanwalt. Er war von 1994 bis 2017 direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für den Rheinisch-Bergischen Kreis. Wolfgang Bosbach war von Februar 2000 bis November 2009 stellvertretender Vorsitzender der CDU-Bundestagsfraktion für Innen und Recht und von November 2009 bis Juli 2015 Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages.

Experte für Rechtspolitik

Dr. Robert Orth

Robert Orth wurde 1968 geboren und ist Volljurist. Er gründete 1996 die wirtschaftsrechtliche Anwaltssozietät Orth Kluth in Düsseldorf, wo er bis heute als Partner und Rechtsanwalt tätig ist. Orth war von 1993 bis 2016 Mitglied des FDP-Landesvorstandes Nordrhein-Westfalen. Er war von 2000 bis 2015 Abgeordneter des Landtags Nordrhein-Westfalen. In dieser Zeit war er durchgängig Vorsitzender des Rechtsausschusses.

Experte für Staatsschutzsachen

Ottmar Breidling

Ottmar Breidling wurde 1947 geboren und ist Volljurist. Von 1996 bis 2012 war er Vorsitzender Richter des für Terrorismusverfahren zuständigen Staatsschutzsenats. Ottmar Breidling leitete – abgesehen von einer Vielzahl von „PKK und DHKP-C-Verfahren“ sowie Verfahren gegen

Mitglieder sonstiger terroristischer Vereinigungen – u.a. das „Kaplan-Verfahren“, das „Al-Qaida-Verfahren“, das „Kofferbomber-Verfahren“ und das „Sauerland-Verfahren“. Seit 2017 ist Ottmar Bredling Ermittlungsbeauftragter des NSU-Untersuchungsausschusses des Landtages Sachsen.

Experte für Opferschutz

Mehmet Daimagüler

Mehmet Daimagüler wurde 1968 geboren und ist Volljurist. Zwischen 1989 und 1996 war er im Deutschen Bundestag Assistent des FDP-Politikers Gerhart Baum, des FDP-Abgeordneten Wolfgang Kubicki und des Bundestagsvizepräsidenten Burkhard Hirsch. 1996 war Mehmet Daimagüler Unternehmensberater bei der Boston Consulting Group in New York. Seit 2008 ist er zugelassener Rechtsanwalt, seit 2012 wirkt er als Opferanwalt am NSU-Prozess mit.

Experte für Kriminalitätsphänomene

Prof. Dr. Rudolf Egg

Rudolf Egg wurde 1948 in Nürnberg geboren und ist Psychologe. Er wurde 1979 promoviert und 1983 habilitiert. Von 2004 bis 2010 war Egg Vorstandsvorsitzender der „Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention“ und von 1997 bis 2014 Direktor der „Kriminologischen Zentralstelle e.V.“, einer Forschungs- und Dokumentationseinrichtung des Bundes und der Länder. Anfang 2016 erstellte Egg im Auftrag des Untersuchungsausschusses IV des NRW-Landtags ein Gutachten zu den Übergriffen in der Silvesternacht 2015/2016 in Köln.

Experte für Verfassungsrecht und Nachrichtendienste

Prof. Dr. Hansjörg Geiger

Hansjörg Geiger wurde 1942 geboren und ist Volljurist. Er wurde 1995 Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz und 1996 Präsident des Bundesnachrichtendienstes. Von 1998 bis 2005 war er beamteter Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz. Seit 2003 lehrt er an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main als Honorarprofessor Verfassungsrecht, Europäisches Recht sowie Internationales Recht.

Experte für Cybercrime

Markus Hartmann

Markus Hartmann ist Volljurist. Er ist Oberstaatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft Köln und seit 2016 Leiter der Zentral- und Ansprechstelle

Cybercrime Nordrhein-Westfalen (ZAC NRW). Die ZAC NRW führt Cybercrime-Ermittlungsverfahren von herausgehobener Bedeutung. Sie ist darüber hinaus zentrale Ansprechstelle für grundsätzliche, verfahrens-unabhängige Fragestellungen aus dem Bereich der Cyberkriminalität für Staatsanwaltschaften und Polizeibehörden Nordrhein-Westfalens und anderer Länder sowie des Bundes. Seit 2014 ist Hartmann Dezernent in der für den OLG-Bezirk Köln eingerichteten Cybercrime-Zentralstelle und seit 2015 deren kommissarischer Leiter.

Landrätin

Eva Irrgang

Eva Irrgang wurde 1957 geboren und ist seit 2007 hauptamtliche Landrätin des Kreises Soest. Nach dem erfolgreichen Abschluss ihrer Ausbildung zur Industriekauffrau arbeitete sie zunächst bei der Firma IBM und war dann bis 2007 in der Geschäftsführung des familieneigenen IT-Unternehmens tätig. Seit 2004 ist sie Mitglied der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe. Im Juni 2011 wurde Eva Irrgang von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Staatsministerin Maria Böhmer, als Vertreterin der kommunalen Spitzenverbände in den Bundesbeirat für Integrationsberufe berufen.

Experte für kommunale Sicherheit und Ordnungsrecht

Christian Kromberg

Christian Kromberg wurde 1966 geboren und ist Volljurist. Er arbeitet seit 1999 in der Stadtverwaltung Essen, zunächst als Persönlicher Referent des Oberbürgermeisters, von 2007 bis 2009 als dessen Büroleiter. Seit 2009 ist Kromberg Fachbereichsleiter des Rechts-, Versicherungs- und Ausgleichsamtes und seit 2012 Beigeordneter der Stadt Essen für Allgemeine Verwaltung, Recht, öffentliche Sicherheit und Ordnung.

Experte für Terrorismus und Präventionsstrategien

Prof. Dr. Peter R. Neumann

Peter R. Neumann wurde 1974 geboren und ist Politikwissenschaftler. Er wurde am King's College London promoviert. Seit 2008 ist Neumann dort Professor für Sicherheitsstudien und Direktor des von ihm gegründeten „International Centre for the Study of Radicalisation“. Im Januar 2017 ernannte ihn die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zum Sondergesandten zur Terrorbekämpfung. Neumann ist Autor mehrerer Bücher zum Dschihadismus.

*Vertreter der Gewerkschaft der Polizei***Arnold Plickert**

Arnold Plickert wurde 1957 geboren und ist Erster Polizeihauptkommissar und Diplomverwaltungswirt. Von 1987 bis 2004 war er im Polizeipräsidium Bochum tätig. Ab 2004 war er Mitglied des Bezirkspersonalrats der Polizei im Regierungsbezirk Arnsberg. Von 2007 bis 2012 war Arnold Plickert Mitglied (von 2009 bis 2012 Vorsitzender) des Polizeihauptpersonalrats. Seit 2012 ist er Landesvorsitzender und seit 2013 Stellvertretender Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP).

*Regierungspräsidentin und ehemalige Polizeipräsidentin***Birgitta Radermacher**

Birgitta Radermacher wurde 1956 geboren und ist Volljuristin. Im Januar 2010 wurde sie zur Polizeipräsidentin im Polizeipräsidium Wuppertal berufen und damit zur Vorgesetzten von etwa 1800 Polizisten in Wuppertal, Solingen und Remscheid. Im Mai 2015 wurde sie zur Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der Polizeipräsidenten in Deutschland gewählt. Seit 2017 ist sie Regierungspräsidentin im Regierungsbezirk Düsseldorf.

*Experte für Informationstechnologierecht***Prof. Dr. Julius Reiter**

Julius Reiter wurde 1964 geboren und ist Volljurist. Er ist Gründungsmitglied (2001) der Kanzlei baum reiter & kollegen, in der er als Rechtsanwalt und Fachanwalt für Bank- und Kapitalmarktrecht sowie Informationstechnologierecht (IT-Recht) arbeitet. Seit 2011 ist Reiter Dozent an der FOM Hochschule für Oekonomie & Management, in 2012 erfolgte die Ernennung zum Professor für Wirtschaftsrecht.

*Vertreter der Deutschen Polizeigewerkschaft***Erich Rettinghaus**

Erich Rettinghaus wurde 1964 geboren und ist Kriminalhauptkommissar. Seit 1982 ist er Polizeibeamter und war von 1987 bis 2010 Angehöriger des Polizeipräsidioms Duisburg. Aktuell ist er Angehöriger der Kreispolizeibehörde Wesel (freigestellt für gewerkschaftliche Aufgaben). Erich Rettinghaus ist seit 2010 Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft NRW (DPoIG NRW). Seit 2011 ist er Mitglied im Bundesvorstand der DPoIG und seit 2014 Mitglied im Vorstand des dbb nrw.

Heinz Sprenger

Heinz Sprenger wurde 1953 geboren ist Kriminalhauptkommissar im Ruhestand. Von 1984 bis 2010 war er Angehöriger der Kriminalpolizei Duisburg und dort von 2002 bis 2010 Leiter des Kriminalkommissariats 11. Heinz Sprenger gilt als einer der profiliertesten Mordermittler Deutschlands und hat die Duisburger Mafia-Morde aufgeklärt. Er ist Autor des Buches „Der wahre Schimanski“, das 2017 veröffentlicht wurde.